



Mutige Nestbeschmutzer

Whistleblower decken Symptomatisches für unser Wirtschaftssystem auf

Pat Christ

gut. Dennoch haben selbst Whistleblower mit lauterer Absichten hierzulande einen negativen Ruf. Weisen sie auf unhaltbare Zustände hin, geraten sie als „Verpetzer“, „Denunzianten“ und „Nestbeschmutzer“ ins Kreuzfeuer der Kritik.

In ihrer Bachelorarbeit über Whistleblowing-Systeme stellte auch die Wirtschaftswissenschaftlerin Nina Donath fest: „Whistleblowing wird häufig mit Verrat gleichgesetzt.“ Aus Angst, als unsolidarisch gebrandmarkt zu werden, wird weggesehen. Aus Bequemlichkeit geschwiegen.



In Amerika hat Whistleblowing einen deutlich besseren Ruf als in Deutschland.

In Großbritannien und den USA gibt es inzwischen sogar einen rechtlichen Rahmen, der Whistleblower vor persönlichen Nachteilen schützt. „In Deutschland sind wir noch lange nicht so weit“, kritisiert die Fraktion Die Linke. Sie fordert ein Whistleblower-Gesetz, das einen Schutz vor strafrechtlicher Verfolgung ebenso sowie einen medienrechtlichen Schutz beinhaltet. Whistleblowern müsse zum Beispiel erlaubt sein, ihre Quellen geheim zu halten. Für etwaige Repressalien benötigten sie einen Anspruch auf Schadensersatz. Auch nicht-staatliche Organisationen, die Whistleblower unterstützen, indem sie ihnen Beratung und Infrastruktur zur Verfügung stellen, müssten finanziell gefördert werden.

Whistleblower handeln in der Regel nicht kopflos. Viele versuchten zunächst vergebens, abseits der Öffentlichkeit Missstände abzustellen. – Alle Fotos dieses Beitrages: © Pat Christ

Endlich mit der Wahrheit herausrücken. Endlich aufräumen. Endlich laut verkünden, was auf bedrückende Weise schief läuft. Durch Whistleblowing kamen in den vergangenen Jahren mehrere Fälle von unmoralischem, gesellschaftschädigendem oder ökologisch zerstörerischem Handeln ans Tageslicht. Dennoch wird die Rolle der „Warnsignalgeber“ ethisch kontrovers beurteilt.

Thomas Faust, Wirtschafts- und Unternehmensethiker in der ökonomischen und politischen Bildung, sagt: „Manche stilisieren den Whistleblower zum moralischen Helden, der persönliche Nachteile in Kauf nimmt, um höherrangige Werte zu schützen. Andere sehen in ihm den Denunzianten, der sich illoyal gegenüber dem Arbeitgeber verhält oder ‚Kollegen in die Pfanne haut‘“. Es gibt also verantwortungsvolle Hinweisgeber, die auf verborgene Missstände aufmerksam machen wollen. Und solche, die den Verdacht erwecken, lediglich aus Eigennutz oder Profilierungssucht zu handeln.

Das Ziel verantwortungsvoller Whistleblower ist laut Faust, Transparenz herzustellen, um bestehende Risiken zu problematisieren und letztlich zu beheben. „Wahre“ Whistleblower wollen also Unheil verhindern. Das klingt

„Die Kultur des Schweigens und Wegsehens ist jedoch keinesfalls das Gegenbild zur Kultur des Verpetzens und der Denunziation“, so Mediator Björn Rohde-Liebenau. Beides seien „Formen der Unkultur“ die sich ergänzen und wechselseitig bedingen. Wo eine Kultur des Schweigens und Wegsehens herrscht, gibt es eine meist unausgesprochene Regel, dass bestimmte Themen nicht angesprochen werden dürfen. „Wer sie doch anspricht, weiß schon vorher oder lernt es, dass seine Worte nicht nur ignoriert werden, sondern dass er möglicherweise in die Ecke gedrängt wird“, führt der Experte für Risikokommunikation aus.

Andere Kultur in den USA

Das ist in anderen Ländern anders. „Im anglo-amerikanischen Raum sind Hinweisgeber-Programme, einschließlich einer Hotline, bei der die Mitarbeiter etwaige Missstände im Unternehmen melden können, verbreitet“, sagt die Münchner Arbeitsrechtlerin Kathrin Scheicht. In den Vereinigten Staaten bekommen Whistleblower manchmal von Behörden sogar Millionen-Zahlungen als Belohnung. Aus Angst ums Betriebsklima bestehe hingegen in Deutschland oft Misstrauen gegenüber Hinweisgebersystemen.

Wer auf innerbetriebliche Missstände hinweist, beweise Zivilcourage und muss vor Anfeindungen geschützt werden. Davon sind auch die anderen Fraktionen des Deutschen Bundestags überzeugt. Ein eigenes Gesetz brauche es dafür aber nicht, so das Ergebnis einer parlamentarischen Debatte im Juni 2012. Nur die Grünen machten sich noch für eine BGB-Änderung stark.

Der Fall Schottdorf

Im Bayerischen Landtag kritisierten die Grünen im April, dass die Justiz im Frei-



Whistleblower gelten als „Individuethiker“.

staat offenbar mehr an der Verfolgung von Kritikern staatlicher Behörden interessiert sei, als an der Aufklärung der von den Whistleblowern kritisierten oder aufgedeckten Missstände. So ermittelt die Staatsanwaltschaft jahrelang gegen den Passauer Lokaljournalisten Hubert Denk. Der hatte 2010 darüber berichtet, dass der Augsburger Laborarzt Bernd Schottdorf 20.000 Euro an die CSU gespendet hatte. Die Spende an sich war legal. Allerdings wurde bereits zu diesem Zeitpunkt seit Jahren gegen Schottdorf wegen betrügerischer Abrechnungen mit den Krankenkassen ermittelt. Der Verdacht lag nahe, dass mit der Spende die Ermittlungen gegen ihn an höchster Stelle beeinflusst werden sollten.

In jüngster Zeit sorgte die Aufdeckung geheimer Überwachungsprogramme durch den ehemaligen Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden 2013 dafür, dass das Thema „Whistleblowing“ in die Öffentlichkeit kam. Doch es gab auch davor Menschen, die Missstände publik machten. Zum Beispiel der ehemalige Arbeitsamt-Revisor Erwin Bixler aus Saarbrücken. In Briefen an die Bundesregierung wies er darauf hin, dass die Erfolgsstatistiken für Jobvermittlungen bei der Bundesanstalt für Arbeit (BA) gefälscht waren.

Hinweise wurden ignoriert

Am Beispiel von Erwin Bixler lässt sich gut darstellen, dass es sich, wie Thomas Faust sagt, „verantwortungsbewusste“ Whistleblower keineswegs leicht machen mit ihrer Entscheidung, einen Missstand an die Öffentlichkeit zu bringen. Es gibt meist zunächst große moralische Bedenken, gegen den eigenen Arbeitgeber vorzugehen. Auch Bixler hatte zuvor eine Menge versucht, um auf die von ihm entlarvten Missstände aufmerksam zu machen. Bereits 1993 wies er in einem Papier auf den Handlungsbedarf bei der Arbeitsvermittlung in der BA hin. Vier Jahre später schickte er einen Leserbrief an die Mitarbeiterzeitschrift „Dialog“, in dem er Missstände bei der Arbeitsvermittlung schilderte.

1998 wirkte Bixler als hauptamtlicher Revisor an der Untersuchung der „Bearbeitung von Stellenangeboten zur Steigerung der Effektivität und Effizienz der Arbeitsvermittlung“ mit. Geprüft wurde in 15 bundesweit ausgewählten Arbeitsämtern. Bixler stieß auf fiktive Stellenangebote und frisierte Daten. In seinem Revisionsbericht protokollierte er die gängigen „Frisiertechniken“ und schätzte die Richtigkeit der Vermittlungsstatistiken auf 25 bis 30 Prozent ein.

Jahrelang bekam er als Arbeitsvermittler mit, wie das Geld der Beitrags- und Steuerzahler für unsinnige Aktivitäten ausgegeben wurde. Etwa für marktferne Umschulungen, ineffektive Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und dergleichen. „An die Stelle von echten Erfolgen traten zunehmend mehr oder weniger systematisch geschönte Statistiken“, so Bixler 2004 beim Jahrestreffen des „Netzwerks Recherche“. Nachdem alle internen Hinweise folgenlos geblieben waren, wagte er den Schritt, an den damaligen Staatsminister beim Bundeskanzler zu schreiben: „Als ich mich entschloss, etwas dagegen zu tun, war mir die Karriere völlig egal“, bekannte er.

Auswüchse des Systems

Für Humanwirtschaftlerinnen und Humanwirtschaftler ist Whistleblowing insofern ein interessantes Thema, als dadurch an ganz konkreten Beispielen deutlich wird, welche Auswüchse unser Geld- und Wirtschaftssystem zutage fördert. Die einzelnen Unternehmen und Personen, die dadurch an den Pranger gestellt werden, sind lediglich symptomatisch. In dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Klima, in dem wir zu leben und arbeiten gezwungen sind, wäre es nachgerade verwunderlich, würde es nicht immer wieder zu destruktivem, verantwortungslosem Handeln kommen.

Es geht in unserem wachstumsorientierten System darum, Erfolge vorzuweisen, Geld zu scheffeln, anderen Geld abzuluchsen, Gewinne zu generieren, Margen zu steigern. Moralische Methoden stoßen bald an ihre Grenzen. Die befürchteten Folgen sind: Erfolglosigkeit, Rückschritt, Abstieg, Verlust. Darum wird zu illegalen, illegitimen oder unmoralischen Praktiken gegriffen, darum kommt es zu ethischem Versagen an den Führungsspitzen.

Die Palette ist schier endlos, sie reicht von Schmiergeldaffären, Umweltsauereien, der Umleitung von Steuergeldern, der Veruntreuung von Geldern bis hin zu Datenmissbrauch und krassen Verstößen gegen das Arbeitsrecht. Arbeitsbedingungen sind unzumutbar oder unfair, Sicherheitsvorschriften am Arbeitsplatz werden ignoriert, die Produktion ruft unkontrollierte Gefahren hervor, Produkte sind minderwertig oder gefährlich. Stichwort: Gammelkäse.

Moralische und ökonomische Ziele, so Alexander Brink, Professor für Wirtschafts- und Unternehmensethik an der Universität Bayreuth, sind häufig unvereinbar. Solange sich das auf sich verschärfende Konkurrenz basierende System nicht ändert, sind die kritischen Äußerungen, Beschwerden und Anzeigen von Menschen mit lauterer Absichten, die genug vom Vertuschen haben, daher segensreich. Whistleblowing, so auch die Ansicht der Politologin Annet Falter, stehen im Dienst des öffentlichen Interesses, der Meinungsfreiheit, des demokratischen Diskurses und der politischen Partizipation.

Keine unkomplizierte Sache

Falter ist Vorsitzende des Kölner Whistleblower-Netzwerks. Das setzt sich für ein „funktionierendes Whistleblowing“, „dort, wo es nötig ist“, ein. Whistleblowing ist dem Netzwerk zufolge im Übrigen eine alles andere als unkomplizierte Sache. Verantwortungsgefühl und moralische Überzeugungen alleine reichen den Aktivisten zufolge nicht. Whistleblower können einen tatsächlichen oder vermeintlichen Missstand nur dann vorurteilsfrei beurteilen, wenn sie umfassend über ethische, technische und rechtliche Bedingungen wissen.

Zur Autorin Pat Christ



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg. Seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig. Schwerpunkte: Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.